

Sprechstunde

Jeden Dienstag bietet der Stadtverband der LINKEN eine Einwohner:innen-sprechstunde im Linken Laden an. Wir möchten Interessierten Hinweise und Tipps geben und gemeinsam mit Ihnen nach Hilfsmöglichkeiten suchen.

Wann? Jeden Dienstag 17 bis 19 Uhr

Wo? Linker Laden (Leitergasse 4, 06108 Halle)

Wer? Alle Einwohner:innen, die eine Frage oder ein Anliegen haben

Gerne können Sie uns während der Sprechstunde auch telefonisch erreichen. Wir freuen uns auch über Kontaktaufnahme per Mail oder Social Media.

Aktiv werden - Für bezahlbaren Wohnraum!

In der LINKEN oder zusammen mit uns in Mieter:innen-Initiativen, die wir gemeinsam in Ihrem Viertel aufbauen wollen:

www.die-linke.de/mitgliedwerden

✉ info@dielinke-halle.de

☎ 0345/20 25 590

f [dielinkehalle](https://www.facebook.com/dielinkehalle)

📷 [dielinke.halle](https://www.instagram.com/dielinke.halle)

Code scannen und

auf dem Laufenden bleiben

www.dielinke-halle.de/hyperlinks



Prüf jetzt deinen Anspruch auf WOHN GELD



www.dielinke-halle.de/wohngeld

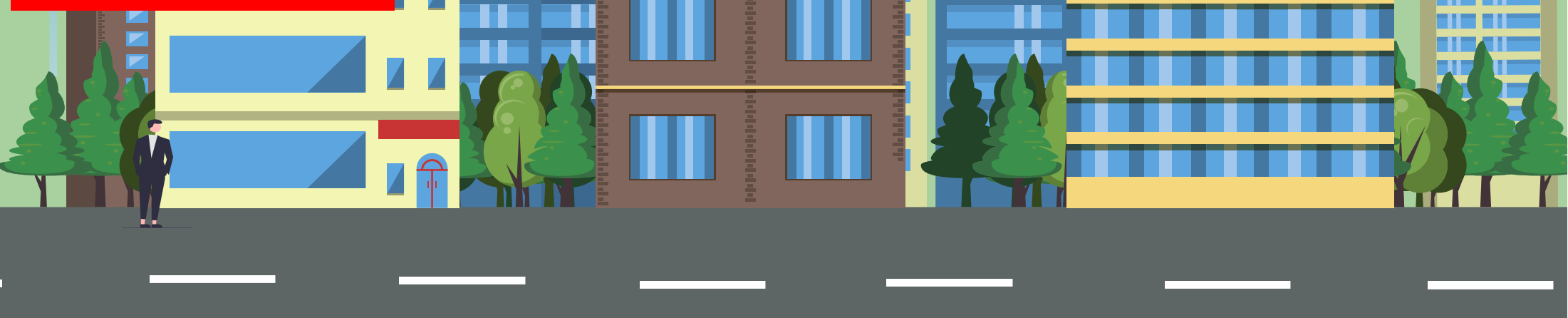
Sozialen

Wohnraum

sichern!

HWG und GWG entlasten

DIE LINKE.
Stadtverband Halle



Sozialen Wohnraum sichern!

Die Mieten in Halle steigen.

Was schon länger ein großes Problem ist, nimmt in der Inflationskrise noch größere Ausmaße an. Private Haushalte in Deutschland geben im Schnitt fast ein Drittel für die Miete aus – Mieterhöhungen gehen also ans Eingemachte. Auch die städtischen Wohnungsgesellschaften GWG und HWG erhöhen die Miete, teilweise um 20%, was wir scharf kritisieren. Wenig bekannt ist aber, warum die städtischen Unternehmen bei der Erhöhungsspirale mitmachen: Sie müssen zusammen jedes Jahr zehn Millionen Euro an den Haushalt der Stadt Halle abführen.

Die Menschen aus den ca. 27.000 Wohnungen von HWG und GWG zahlen mit ihrer Miete für die Unterfinanzierung der Kommune, weil Land und Bund ihrer Verantwortung nicht nachkommen.

Hast du das gewusst?

Seit über 10 Jahren zahlen HWG und GWG jährlich 7 Mio. € in den städtischen Haushalt ein. Ab diesem Jahr sollen es sogar 10 Mio. € werden (die HWG soll 7, die GWG 3 Mio. € zahlen). Wenn man das rechnerisch auf die Mieter:innen überträgt, bedeutet das, dass eine durchschnittliche Wohnung bei der HWG mit fast 400 € und eine bei der GWG mit etwa 300 € im Jahr zusätzlich belastet werden.

Um notwendige Aufgaben dennoch erfüllen zu können, nutzt die Stadt die Gesellschaften, um über die Runden zu kommen, trocknet sie so aus und vernachlässigt den sozialen Auftrag von HWG und GWG.

Diese Finanzierung ist nicht gerecht.

Die Mieter:innen von GWG und HWG zahlen alleine für vieles, was Allen in der Stadt zu Gute kommt! Das ist ungerecht. Es braucht mehr bezahlbaren Wohnraum und nicht weniger. Dafür sollen die städtischen Wohnungsgesellschaften

eine Schlüsselrolle behalten. Deshalb wollen wir die Finanzlücke der Stadt anders füllen: Mit der seit Jahren steigenden Gewerbesteuer und den zu erwartenden Zusatzeinnahmen der neuen Grundsteuer lassen sich diese zehn Millionen ausgleichen.

"Wir wollen, dass HWG und GWG entlastet werden und diese Entlastung bei den Mieter:innen ankommt. Die Welle von Mieterhöhungen muss gebrochen werden."



Immer neue Erhöhungen bei vormals günstigen Bestandsmieten haben Auswirkungen auf den zukünftigen Mietpiegel. Das wird alle Mieter:innen treffen. Im schlimmsten Fall droht die wirtschaftliche Gefährdung der Gesellschaften, womit der Schrecken der Privatisierung wieder im Raum stehen könnte. Wie schädlich das ist, zeigen warnende Beispiele von privaten

Konzernen wie „Belvona“ aus demhaleschen Südpark. Das kann niemand wollen, denn von einem fairen Wohnungsmarkt und der Entlastung von HWG und GWG profitieren alle. Günstiger Wohnraum ist zentral für eine Stadt, in der alle gut leben können. Das kommt nicht von allein, sondern muss politisch errungen werden. Dafür haben wir einen Plan:

"Wir wollen die Entlastung von GWG und HWG von der Zehn-Millionen-Abgabe um Mieterhöhungen zu begrenzen. Mieten sollen nicht mehr als 3% pro Jahr und Wohnung erhöht werden dürfen. Dazu wollen wir die Einnahmen der Gesellschaften aus Mieterhöhungen auf 2% im Jahr begrenzen."

